

## Reiner Priggen (GRÜNE):

Frau Ministerpräsidentin! Frau Löhrmann! Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen! Liebe Kollegen! Für vier von uns fünf – bis auf Herrn Dr. Papke – ist das heute die erste Rede zu einer Regierungserklärung. Man schaut deshalb in den alten Reden vom letzten Mal aus 2005 nach, um zu gucken, wie das gemacht wird.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Das habe ich auch gemacht.)

– Das haben Sie auch gemacht. Das ist für uns normales Handwerk.

(Heiterkeit – Dr. Gerhard Papke [FDP]: Jetzt halten Sie aber hoffentlich meine Rede!  
– Erneut Heiterkeit)

– Herr Dr. Papke, zu Ihnen komme ich sofort. Ich habe ein sehr schönes Zitat meiner Vorgängerin, unserer früheren Fraktionsvorsitzenden Frau Löhrmann, gefunden: „Unser Ziel ist es, diese Koalition 2010 wieder abzulösen – spätestens. Das ist ab heute unser Projekt NRW 2010.“

Dann vermerkt das Protokoll:

„(Anhaltender Beifall von GRÜNEN und SPD)“

So viel zur Geschichte.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Man kann nur sagen: Das waren fünf Jahre harte und intensive Arbeit. Aber es hat sich gelohnt, liebe Sylvia. Tatsächlich ist das Projekt NRW 2010 ein Erfolg geworden, und wir haben die alte Regierung abgelöst.

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Dank der Linken!)

– Ganz vorsichtig!

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Gar nicht vorsichtig!)

Herr Dr. Papke, an einer anderen Stelle vermerkt das Protokoll in Ihrer Rede: „Im Übrigen ist dieses neue NRW natürlich auch die Blaupause für den Bund. Das ist doch gar keine Frage.“

Weiter heißt es:

„Nach dem gelungenen Regierungswechsel – Frau Kraft, Frau Löhrmann, Sie werden das erleben – wird unsere Arbeit in Nordrhein-Westfalen noch an Fahrt gewinnen.“

Jetzt kommt der Höhepunkt:

„Wir werden vom Bund mehr Unterstützung für Nordrhein-Westfalen erfahren, als es in der Vergangenheit unter Rot-Grün der Fall war.“

Wir alle sind schon länger im Geschäft und wissen: Man sieht sich öfter.

(Lachen von der SPD)

– Ein kleiner Moment des Genusses darf sein. Ich werde gleich sehr, sehr ernst.

(Beifall und Heiterkeit von den GRÜNEN und von der SPD)

– Herr Dr. Papke, ich lasse Sie gleich in Ruhe und wende mich Herrn Laumann zu. Ich will auf die Ursachen kommen.

(Lachen von der SPD)

Wir arbeiten alle in diesem Bereich. Eine Wahl ist spannend. Wir strengen uns an. Es gibt ein Ergebnis, das wir umsetzen müssen. Heute ist eine gewisse Zäsur. Man versucht herauszubekommen, was der Grund für das komplizierte Wahlergebnis war. Die Bankenkrise und die Staatskrise in Griechenland?

(Rüdiger Sagel [LINKE]: Und gekaufte Politik!)

Das mag ein wenig der Grund sein. Es kam viel aus dem Bund. Deswegen habe ich eben das Zitat von dem, was Sie sich an Unterstützung aus dem Bund gewünscht haben, vorgelesen, nachdem diese Traumkonstellation Schwarz-Gelb endlich dran war. Das war ein richtiger Schlag ins Kontor. Ich habe noch nie eine Bundesregierung erlebt, die so schlecht gestartet ist und Ihnen Ihre Vorstellungen so nachhaltig durchkreuzt hat. Das muss man ganz ehrlich sagen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Für das Protokoll: Herr Laumann klatscht nicht!)

Das ist aber nur ein Teil des Grundes; er war es nicht allein. Es gibt eigene wirklich relevante Fehler, die auch eben in der Rede von Herrn Laumann sehr deutlich geworden sind. Ich will noch dezidiert auf sie eingehen. Trotzdem muss man bilanzieren: Wir haben ein Ergebnis mit fünf Fraktionen, das kompliziert und anders als in der Vergangenheit ist.

Ich bin seit zehn Jahren im Landtag. Bis zu dieser Legislatur gab es immer Landesregierungen mit klaren Mehrheiten und einer klaren Rollenverteilung zwischen Regierung und Opposition. Die einen können in der Opposition wertvolle Arbeit leisten, die auch dazu gehört. Die anderen müssen regieren.

Jetzt haben wir eine neue Situation mit zum ersten Mal fünf Fraktionen. Es ist natürlich nachvollziehbar, dass aus Wettbewerbsgründen jeder sagt, die oder die müssen nicht unbedingt dabei sein. Dann wäre es ein bisschen einfacher. Aber es ist eben so. Auch wenn dem einen oder anderen das nicht passt, sollte man mit dieser Kritik ganz vorsichtig umgehen, weil hinter jeder Fraktion mindestens 400.000 oder 500.000 Menschen stehen, die sie im Land gewählt haben und dafür Gründe haben. Es geht um diese Menschen, die wollen, dass ihre Gründe hier respektiert werden.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Vereinzelt Beifall von der LINKEN)

Deswegen haben alle Fraktionen das gleiche Recht. Sie müssen gleichbehandelt werden. Es gibt einen harten inhaltlichen politischen Wettbewerb und Konzepte, mit denen wir uns draußen bewerben.

Das Wahlergebnis ist auch von der Sitzverteilung her kompliziert: Die Christdemokraten haben 67, die Sozialdemokraten 67, die FDP 13, Die Linke 11 und die Grünen 23 Sitze. Das heißt: Es gibt 90 Sitze für uns, 80 Sitze für die alte Regierung, die damit eindeutig abgewählt ist. Es sind jedoch nur 90, nicht 91, weil es 11 Kolleginnen und Kollegen von den Linken gibt.

Es gibt also ein ganz eindeutiges Signal: Es wird keine Koalition der Arroganz und Überheblichkeit sein.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Wir wissen: Wir haben 90 Sitze. Das ist nicht wenig. Damit können wir selbstbewusst arbeiten. Wir sind keine ängstlich-verzagte Koalition, die ständig zittert und sich fragt, warum wir nicht eine Stimme mehr haben. Wir machen unsere Arbeit solide, wissen aber auch, dass wir auf andere zugehen müssen und dann nicht das pur durchbekommen, was wir wollen und im Dialogprozess Abstriche und Kompromisse machen müssen. Das wird unser Job sein, der vielleicht etwas demütiger sein wird als manche arroganten Varianten, die wir alle aus vergangenen Legislaturen kennen. Meine Damen und Herren, ich werde nicht behaupten, die alte Regierung habe alles falsch gemacht. Das ist nicht so. Das ist nicht richtig. Ich werde Ihnen aber gleich sagen, wo ich relevante Fehler sehe. Ich werde auch nicht den Himmel auf Erden versprechen, weil wir ein ganz hartes Stück Arbeit vor uns haben.

Herr Laumann, ich habe sehr positiv aufgenommen, dass Sie bei den Themen Maßregelvollzug, Menschen mit Behinderung, Integration nicht möchten, dass wir hier im Diskurs aus politischen Alltagsgründen und aufgrund kurzfristiger Vorteile uns negativ und kritisch äußern und zulasten von Menschen miteinander ringen, die auf uns dringend angewiesen sind. Dafür sage ich ganz klar: Herzlichen Dank. Diese Bereitschaft nehme ich Ihnen wirklich ab. Sie kommen aus diesem Fachbereich und haben oft genug in den Debatten eindringlich geschildert, was mit den Menschen ist. Wir nehmen diese Bereitschaft an.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von Werner Jostmeier [CDU])

Herr Laschet, Sie, aber auch Herr Solf und Herr Kufen haben bei dem Thema „Integration“ Maßstäbe gesetzt. Das war vielleicht nicht immer einfach, auch in der eigenen Partei nicht. Es war ja auch ein Lernprozess für uns, dass so etwas aus der christlich-demokratischen Union kommt. Aber weil Integration ein so wichtiges Thema ist und weil wir in Teilen jetzt eine Debatte erleben, die mich an die Debatte über die spätrömische Dekadenz erinnert, ist es umso wichtiger. Diese Debatte trifft immer viele Menschen, die bei uns sind, die viel leisten und arbeiten, die wir willkommen heißen und die wir nicht mit solchen Debatten negativ treffen und schädigen möchten, sondern wir wollen das gemeinsam lösen, denn wir alle leben in Nordrhein-Westfalen. Das ist eine Verpflichtung für uns und Ihren Nachfolger in dem Bereich, das fortzusetzen, und zwar – bei aller Schärfe der Auseinandersetzung – nicht auf dem Rücken derjenigen, mit denen wir zusammenleben wollen und die uns dringend brauchen. Danke schön dafür!

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Ich komme nun zu den etwas ungemütlicheren Themen. Sehr ausführlich möchte ich auf den Bereich Bildung eingehen, Herr Laumann. Wenn es nicht Athen oder der Bund war, dann haben Sie eines völlig falsch eingeschätzt: Einer der Hauptgründe, warum Sie abgewählt worden sind, ist Ihre grundsätzlich falsche Anlage in der Schulpolitik Ihrer Partei.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Bei dieser Diskussion wird der große Widerspruch deutlich zwischen dem, was in der Landtagsfraktion diskutiert wird, und dem, was wir in den Kommunen erleben, wo

Ihre Leute viel näher an der Realität sind. Wir haben Konsens, dass viele junge Menschen eine möglichst gute Qualifizierung brauchen, ob nun einen Hochschul- oder einen Schulabschluss, der in eine gute Lehre hineinführt, die andere berufliche Wege eröffnet. Das ist egal. Aber wenn wir die Zahl der jungen Menschen bei uns, die einen Ausbildungsabschluss, auch einen höheren Abschluss haben, mit der Zahl derjenigen in vielen anderen europäischen Ländern vergleichen, dann wird deutlich: Wir brauchen mehr davon, wir brauchen besser Qualifizierte, weil wir sie auch als Rohstoff, als Ressource in unserem Land brauchen, um wirtschaftlich erfolgreich zu sein. Da haben wir Konsens.

Es gibt aber ein immer deutlicher werdendes demografisches Problem: Die Anzahl der Kinder, die in die Schulen, Hochschulen, Berufsausbildung gehen, ist ganz stark rückläufig. Wir merken bereits, dass der Fachkräftemangel beginnt. Diese Herausforderung müssen wir ohne Scheuklappen angehen.

An der Stelle sind Garantien für den Bestand einzelner Schulformen, gerade im ländlichen Raum, vor dem Hintergrund der Realität, wie sich Eltern und Schüler verhalten, nicht haltbar. Es ist keine politische Absicht, Hauptschulen zu schließen, Herr Laumann. Das machen Eltern mit ihrer Entscheidung. Sie wissen es doch ganz genau: Wenn heute der Handwerker sagt, sein Kind solle es genauso gut oder besser haben als er, dann schickt er sein Kind nicht auf die Hauptschule, weil er weiß, dass es mit diesem Bildungsabschluss schlechte Eintrittschancen in einen Beruf hat. Das ist die Entscheidung der Eltern.

Ich kann Ihnen ein Beispiel aus der Praxis nennen. Wir haben in Aachen eine kommunale Mehrheit aus CDU und Grünen und müssen jetzt mit Unterstützung der Sozialdemokraten drei unserer sechs Hauptschulen schließen, nicht weil wir böse sind – wir wissen, dass Hauptschulen hervorragende Arbeit leisten –, sondern weil sich so wenige Kinder dort anmelden. Mit 14 Anmeldungen für eine Klasse kann man keine Schule fahren. Das ist nicht, wie Herr Witzel gestern herumgealbert hat, irgendeine linke konspirative Verschwörung einer Mehrheit gegen ein Schulsystem, sondern die Realität in den Städten und im ländlichen Raum.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich möchte ein weiteres Beispiel nennen. Der Schulbezirk Monschau-Simmerath-Roetgen in der Eifel hat derzeit 2.700 Kinder bis zur Klasse 10 und weiß, dass er in zehn Jahren noch 1.700 Schüler hat. 1.000 Kinder weniger – das sind 30 Klassen! Was machen die in der Region, wenn die ein Angebot für eine weiterführende Schule machen wollen?

Es ist ja nicht nur eine Frage des Angebots für die Kinder, sondern auch eine Standortfrage. Herr Laumann, in einem Ort wie Ascheberg mit fast 18.000 Einwohnern wird gesagt: Wir haben demnächst keine weiterführende Schule mehr, sodass alle Kinder fahren müssen. – Das Gleiche war doch in Schöppingen und Horstmar. Die beiden christdemokratisch geführten Gemeinden haben doch auf die Folgen aufmerksam gemacht, wenn sie die Gemeinschaftsschule nicht machen dürfen. Übrigens – Sie arbeiten ja immer mit den Kampfbegriffen –, der Begriff „Gemeinschaftsschule“ ist keine Erfindung von Frau Löhrmann, sondern diesen Begriff hat Harry-Peter Carstensen, Ihr christdemokratischer Ministerpräsident in Schleswig-Holstein, eingeführt. Innerhalb von drei Jahren sind dort 100 Gemeinschaftsschulen gegründet worden. Tun Sie also nicht so, als ob das ein ganz radikaler Popanz wäre.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Kommunen wie Schöppingen, Horstmar, Ascheberg sagen, dass dies auch ein Standortfaktor sei, weil Betriebe, die sich dort ansiedeln wollten, fragten, welche Ausbildungsmöglichkeiten es für die Kinder der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen gebe. Wenn wir denen dann sagen: „Tut uns leid, wir haben eine tolle Grundschule“, dann gucken die einen an und fragen: Und dann? – Wenn man dann sagt: „Dann kommt ein Bus, der die Kinder 30 km weiter zur Schule bringt“, dann sagen die Firmen: Dann können wir auch dorthin gehen. Die haben auch Gewerbegrundstücke. – Es geht also nicht nur um ein längeres gemeinsames Lernen der Kinder, sondern auch um die Standorte, vor allem im ländlichen Raum.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Wir haben ja mit den Kollegen der CDU Diskussionen darüber geführt, bei denen ich gefragt habe: Warum erlauben Sie denn den eigenen konservativ geführten Kommunen diesen Modellversuch nicht? Nennt das Modellversuch, wertet es aus und zeigt euch ein bisschen fortschrittlich! – Die ehrliche Antwort war: Wenn wir das machen würden, stünden am nächsten Tag weitere 50 CDU-Bürgermeister hier und wollen das auch. – Einen größeren Offenbarungseid für eine falsche Politik gibt es nicht.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Wenn der Druck in den ländlichen Kommunen so groß ist und eine Partei ihren eigenen Leuten das verweigert, dann muss sie sich nicht wundern, wenn sie konsequenterweise abgewählt wird, weil sie offensichtlich nicht nur an den Bedürfnissen der Menschen, sondern auch an den erkannten Bedürfnissen der eigenen Leute vorbeiarbeitet. Das ist Ihnen jetzt passiert.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ihren Beitrag eben hat eine Schlangenlinie gekennzeichnet: Einerseits boten Sie uns Ihre Zusammenarbeit an. Andererseits führen Sie zurzeit eine Debatte darüber, was das „wahre Konservative“ auszeichnet; diese finde ich auch sehr spannend. Sie müssen nur aufpassen, dass Ihre Debatte nicht darin mündet, dass das Konservative nur noch aus Gymnasium und Atomkraft besteht. Das wäre nämlich schade. Schließlich gibt es da viele wertvolle Elemente.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Aber so, wie Sie die Debatte führen, landen Sie an dem Punkt.

Ich will Ihnen noch eines sagen: Ich habe mich in den letzten Jahren immer wieder geärgert, weil die Regierung stets sehr negativ auf die Gesamtschulen losgegangen ist.

(Armin Laschet [CDU]: Stimmt nicht!)

– Doch. Ich habe viele Belegbeispiele dafür. Ich sage Ihnen auch gleich, was ich ganz konkret meine.

Lieber Kollege Laschet, wir wollten zum Beispiel in unserer Stadt Aachen – CDU, Grüne und Sozialdemokraten – eine Gesamtschule gründen. Dies wurde uns vom Land mit der Begründung untersagt, wir dürften keine Ganztagschule einrichten. Jetzt richten wir diese Ganztagschule ein, und zwar in der gleichen Allianz aus CDU, SPD und Grünen. Wir schaffen eine neue Gesamtschule, und natürlich wird es eine Ganztagschule. Denn sonst müssten wir weit mehr als 180 Anmeldungen ablehnen. Wir werden die vierte, sehr schön gelegene und gut organisierte Gesamtschule hoffentlich demnächst an der Stelle bei uns – Schwarz, Grün, Rot – errichten können.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Hören Sie bitte auch mit dem ewigen Popanz auf, wir würden das Gymnasium zerstören wollen. Ich bin es wirklich leid, den uralten Krieg zwischen der Gesamtschule und dem Gymnasium als Glaubenskrieg mit einer Perspektive dahin gehend, wie das System in 40 Jahren aussehen wird, zu führen. Das ist Stellungskrieg wie der Erste Weltkrieg, und das hilft vor allen Dingen den Kindern nicht.

Wir wollen niemanden zwingen. Uns geht es darum, diejenigen zu unterstützen, die vor Ort aufgrund ihrer Kenntnis wissen, über welche Gebäude sie verfügen, welche Schülerzahlen es gibt und welche Bedürfnisse die Eltern haben. Dann werden wir vor Ort eine Entwicklung bei einheitlichen Abschlüssen bekommen. Für die Schüler ist es doch wichtig, dass die Abschlüsse vergleichbar sind, damit diese auch woanders den gleichen Wert haben.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Dann wird es tatsächlich zu einer Bewegung in der Landschaft kommen. Wir sollten uns darauf verständigen, dass wir in der Schulkonferenz, zu der Sie Ihre Teilnahme zugesagt haben, nicht die Perspektive aufzeigen, wie die Schullandschaft in 20 oder 30 Jahren aussehen wird. Wir sollten uns vielmehr darauf verständigen, dass wir den Kommunen bei einheitlichen Standards eine gewisse Freiheit einräumen, damit sie das entwickeln können. Wir sollten es bewerten und ein bisschen Ruhe einkehren lassen. Wenn wir dieses Ziel erreichen würden, dann hätten wir viel für den Frieden im Land gewonnen und würden einen Schulkrieg vermeiden.

Die Regierungsseite – das will ich klar sagen – hat nicht das Bedürfnis, einen Schulkrieg im Land anzuzetteln. Wir werden auch nicht die Struktur des Gymnasiums zerlegen. Wir werden vielmehr den Kommunen die Freiheit geben. Das ist es, was wir Ihnen zusagen können.

Frau Löhrmann, Frau Beer und ich sind in Finnland gewesen und haben uns dort Schulen angeguckt. Wir sind zutiefst beeindruckt zurückgekommen. Wir haben gefragt: Wie habt ihr das machen können? – Als Antwort bekamen wir: Wir haben in einer historischen Situation zwischen Konservativen und Sozialdemokraten den Konsens erreicht, dass diese Schulform, in der die Kinder neun Jahre zusammen lernen und anschließend entweder ins Studium gehen oder eine Berufsausbildung machen, für ein Land wie Finnland die beste ist. Das war nur in einer bestimmten historischen Situation machbar.

Das kriegen wir hier mit Mehrheit und Minderheit nicht hin. Und wenn darüber kein Konsens herrscht, dann machen wir das auch nicht. Wir tragen keinen Schulkrieg auf

dem Rücken der Kinder aus. Denn das wäre falsch für das Land, für alle Orte und auch für die Kinder.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Das heißt für mich: Sie müssen in Ihrer Fraktion klären, ob Sie sich an der Stelle in Richtung Ihrer Kommunen, die an diesem Punkt offensichtlich weiter sind, vorwärtsbewegen oder ob Sie in der Schulfrage in einen Volksentscheid oder ähnliche Dinge – Sie haben es eben angedeutet – zurückfallen wollen. Davon kann ich allerdings nur abraten. Wir werden uns bemühen, dazu keinen Anlass zu bieten. Wir hoffen, dass wir uns in dieser Frage zusammen positiv aufstellen.

Das war aus meiner Sicht der erste Punkt, an dem Sie in der alten Landesregierung eklatant versagt und für den Sie auch politisch die Quittung bekommen haben.

Es gibt einen zweiten Punkt. Ich habe in den letzten fünf Jahren, während ich in diesem Themenbereich intensiv gearbeitet habe, auch aufseiten der CDU

Ansprechpartner vermisst, mit denen man darüber hätte diskutieren können. Dieses große, starke Industrieland steht vor einer Herausforderung, der wir uns alle stellen müssen und die eine ähnliche Dimension wie die Bildungspolitik hat. Der Kollege Römer hat es eben schon angesprochen: Sie wird unser Industrieland radikal verändern, und das ist auch überhaupt nicht zu vermeiden.

Die Ministerpräsidentin hat gestern in ihrer Rede von der ökologischen industriellen Revolution gesprochen. Das hat auch der frühere Bundespräsident Köhler in seiner letzten Berliner Rede gesagt. Wir alle wissen: Es gibt Herausforderungen, die über kurz oder lang nicht von der Tagesordnung verschwinden werden.

Das ist zum einen der Klimawandel mit seinen weitreichenden Auswirkungen und zum anderen die Ressourcenverknappung. Eine ökologische industrielle Revolution bedeutet, dass es, was Wohnen, Verkehr und Stromerzeugung angeht, tiefgreifende Umwälzungen geben wird. Wir werden in diesen Bereichen neue Produkte und neue Technologien erleben, und daraus ergeben sich auch Chancen für unser Land.

Wenn jemand wie ich, der Maschinenbau studiert und als Maschinenbau-Ingenieur gearbeitet hat, eine gewisse positive Affinität zu diesem Industrieland, zu der Herstellung von Stahl, zur Kohle – nüchtern wissend, was notwendig ist – und zur Chemieindustrie hat, dann muss er auch ganz sauber diskutieren, was dieser Prozess auf der Achse der nächsten 40 Jahre bedeutet und was sich in den nächsten fünf oder zehn Jahren hier auswirkt.

Nicht nur wir, sondern auch die Bundesregierung – sogar die Regierung Westerwelle/Merkel – hat sich verpflichtet, ihren Anteil an der Reduktion der Treibhausgase zu leisten. Wir haben im Koalitionsvertrag vereinbart, in den nächsten 40 Jahren eine Reduktion um 80 bis 95 % zu erreichen. Das müssen wir schaffen. Auch das neueste Energiekonzept der Bundesregierung enthält eine Reduktion um 80 %. Das ist ein bisschen weniger als das, was Herr Röttgen in Veranstaltungen nennt. Wir reden dann aber nur von 10 % Differenz.

Das heißt, wir müssen innerhalb von 40 Jahren alle Bereiche bis auf die Kernbereiche, in denen wir keine Reduktionen vornehmen können, emissionsfrei gestalten. Das ist eine Riesenherausforderung für ein solches Industrieland. Wir haben Stahlerzeugung, Zementerzeugung und Chemieindustrie. Diese Sparten bekommen wir nicht emissionsfrei, und deshalb brauchen wir für sie die Restemissionen. Alle anderen Bereiche müssen wir an der Stelle emissionsfrei bekommen, also Wohnen, Mobilität und Stromerzeugung. Das ist die Dekarbonisierung einer modernen Industriegesellschaft in einer Generation, in 40

Jahren, und das kann man nicht auf die letzten fünf Jahre verschieben; denn das wäre ein Vertun von Chancen.

Das müssen wir kontinuierlich in Angriff nehmen. Hierin müssen wir auch unsere Chancen suchen. Wir wissen nämlich genau: Die Stromerzeugung wird zukünftig intelligenter, dezentraler und mit Kommunikationstechniken vernetzt sein. Sie wird auch nicht mehr nur auf den Großkraftwerken basieren.

Völlig klar ist – das hat Kollege Römer eben auch gesagt –, dass es nicht um einen Ausstieg aus der Kohleverstromung geht. Im Moment befindet sich eine ganze Reihe von neuen Kohlekraftwerken im Bau. In Nordrhein-Westfalen sind das sechs Blöcke. Sie werden alle noch 40 bis 50 Jahre laufen. Das ist die Realität.

Neu und zusätzlich brauchen wir aber – darauf haben wir uns auch verständigt – vor allen Dingen die Kraft-Wärme-Koppelung, also die gleichzeitige Erzeugung von Strom und Wärme statt der unglaublichen gigantischen Energieverschwendung in Kraftwerken, bei denen 60 % der Energie durch den Schornstein geht. Es ist ein Irrsinn, wenn um das Ruhrgebiet als dem größten Ballungsraum Europas herum nur Kraftwerke stehen, die Energie verschwenden, während im Ruhrgebiet selbst alles mit russischem Importgas beheizt wird.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Das ist unökologisch. Es ist eine Energieverschwendung sondergleichen. Das Ruhrgebiet ist für die Kraft-Wärme-Kopplung prädestiniert.

Wir wollen in diesem Bereich auch moderne, hoch effiziente Kraftwerke haben. Ich freue mich sehr, dass das Unternehmen CURRENTA vor Kurzem bekannt gegeben hat, es wolle im Bereich Dormagen/Neuss ein 440 Megawatt-Gaskraftwerk bauen, und zwar als Kraft-Wärme-gekoppelte Anlage, die im Betrieb an eine große Wärmesenke gebunden ist. Der Strom geht ins öffentliche Netz. Das ist genau die Technologie, die wir brauchen und die wir unterstützen wollen – mit unserem vereinbarten Einsatz für die Kraft-Wärme-Koppelung, für die Reduktion von Nachtspeicherheizungen, für die Gebäudesanierung und Ähnliches.

Neben der Stromerzeugung geht es um die Gebäudesanierung, die auch für das Bauhandwerk außerordentlich wichtig ist. Dort gibt es eine Widersprüchlichkeit zwischen dem, was die Konservativen hier sagen, und ihrem Handeln in Berlin. Man kann doch nicht die Gebäudesanierungsprogramme um drei Viertel kürzen! Wenn gleichzeitig im nächsten Jahr das Konjunkturprogramm ausläuft, gibt es also eine doppelte negative Bremse für das Bauhandwerk – bei sowieso schon rückläufiger Neubautätigkeit. Das ist einfach nicht vernünftig. Sie machen es aber. Damit würgen Sie Prozesse ab, die wir dringend in entgegengesetzter Richtung bräuchten.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Wir haben auch die klare Absicht, beim Ausbau der Erneuerbaren mehr zu tun. Es ist doch absurd! Im neuen Energieprogramm der Bundesregierung Westerwelle/Merkel steht, 2050 solle der Anteil von regenerativem Strom 80 % betragen. Wir können zwar sagen, dass wir noch ein bisschen mehr wollen. Die Richtung ist damit aber völlig klar.

Für unser Industrieland Nordrhein-Westfalen heißt das doch: Wenn wir uns auf diese neuen Märkte und auf die entsprechende Anwendung hier nicht einstellen, dann gehen alle damit verbundenen Arbeitsplätze nachher in andere Länder, die sie mit Kusshand nehmen werden.

Es tut einem doch weh, wenn die Firma ENERCON, einer der führenden Windkraftanlagenbauer, mittlerweile in Aurich in Ostfriesland einen Industriekomplex mit 12.000 Beschäftigten weltweit aufgebaut hat. Dort werden auch noch Gießereien errichtet. Der ganze Bereich wandert dorthin. Wir haben fünf Jahre lang auch nur Negativpolitik erlebt. Sie haben einen Kreuzzug dagegen unternommen und wollten diese Arbeitsplätze hier nicht haben.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

All das zusammen bedeutet Folgendes: Es entstehen neue Märkte im Bereich der Effizienztechnologie, im Bereich der Mobilität und im Bereich der Stromerzeugung. Die entscheidende Frage lautet: Stellt sich dieses Land der Hausforderung und erschließt offensiv die Märkte? Herr Laumann hat eben von der Versöhnung von Umwelt und Wirtschaft gesprochen. Darum geht es längst nicht mehr. Es geht nicht um eine Versöhnung, sondern darum, dass wir die Chancen, die in diesen Prozessen liegen – um die alle anderen mit uns Wettbewerbe bestreiten werden –, sehen und nutzen. Wir dürfen das nicht diffamieren, sondern müssen es nutzen, damit unsere Kinder und Enkelkinder hier zukunftsorientierte Arbeitsplätze haben. Genau darum geht es – nicht ums Versöhnen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Das gilt nicht nur bei der Stromerzeugung. Ich will auch noch die Mobilität ansprechen. Wir wissen alle, dass der Automobilbereich einer der industriellen Kernbereiche ist. Wir wissen, was dort im Moment in Richtung Elektromobilität passiert. Wir wissen auch, dass wir in Nordrhein-Westfalen gut aufgestellt sind: mit der Universität Münster, von der ich nie vermutet hätte, dass sie in der Forschung zur Batterietechnik weltmarktführend ist, mit der Technischen Hochschule Aachen, mit dem Ruhrgebiet und mit Südwestfalen. An vielen, vielen Stellen wird bei uns rund um die Automobiltechnik zur Elektromobilität intensiv gearbeitet. Das ist der Zukunftsbereich und bedeutet eine Umwälzung der gesamten Automobiltechnik. Wir müssen schauen, dass wir in diesem Bereich Chancen haben und diese für uns nutzen können.

Lassen Sie mich einen zweiten Punkt anschließen. Es geht nämlich nicht nur um die Energieerzeugung, sondern auch um die Ressourceneffizienz. Auch diesen Begriff habe ich in den vergangenen fünf Jahren nur als Fremdwort auf der Regierungsseite erlebt. Die spannende Frage ist: Schaffen wir es, unsere gesamten industriellen Prozesse ressourceneffizienter und sparsamer zu machen, also das gleiche Maß an Wohlstand mit weniger Rohstoffen und weniger Energie herzustellen, und damit unsere Firmen wettbewerbsfähiger zu machen?

Das ist eine spannende Herausforderung. Vor dem Hintergrund sich tendenziell immer weiter verknappender Rohstoffe bei wachsender Weltmarktnachfrage müssen wir uns ihr aber stellen. Wir müssen wir es auch, weil die Preise für diese Rohstoffe steigen werden. Wir werden noch erleben, dass das Barrel Öl 200 Dollar und mehr kostet. Je eher wir uns langsam auf solche Prozesse einstellen und effizienter werden, umso größere Marktvorteile haben wir auch, wenn es darum geht, mit unserer starken Exportindustrie in fremden Märkten tätig zu werden. Das muss unser gemeinsames Ziel sein.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

In beiden Bereichen, sowohl im Bildungsbereich als auch im gesamten Bereich modernster ressourceneffizienter Industrie- und Energiepolitik, hat die alte Regierung – oft gebremst durch die FDP, aber auch aufgrund eigener Untätigkeit – kein Beispiel gegeben, welche Chancen in Nordrhein-Westfalen dafür vorhanden sind. Es hat Kreuzzüge dagegen und Ignoranz gegeben, aber nicht das, was wir an dieser Stelle brauchten. Heute ist ja auch der Tag, um darüber zu reden, was wir machen wollen. Wir wollen ganz bewusst für dieses traditionsreiche Industrieland unsere Politik anders ansetzen, um die Märkte für uns zu erschließen.

Lassen Sie mich zu einem weiteren Punkt kommen, und zwar zum Verbraucherschutz. Gestern habe ich hier im Landtag eine Premiere erlebt. Ich bin jetzt zehn Jahre hier. Gestern wurde zum allerersten Mal ein Antrag der Oppositionsfractionen von der Mehrheit der anderen positiv beschieden. Es gab einen Antrag von CDU und FDP zu der erfolgreichen Arbeit der Verbraucherzentrale NRW. Die anderen drei Fraktionen haben gesagt, der Antrag ist gut und richtig, und ihm zugestimmt.

Das ist ein positives Beispiel für eine neue Kultur. Es ist ein positives Beispiel dafür, dass Verbraucherschutz ein zunehmend wichtiges Thema ist. Ich kann nur sagen: Wir sollten auf dieser Basis weitermachen; denn letztendlich ist es doch so, dass nicht immer die eine oder die andere Fraktion die Weisheit mit Löffeln gefressen hat.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Weil wir im Verbraucherschutz viele Probleme haben bis hin – das sage ich ganz klar – zu regelrechten neuen Kriminalitätsformen – mit Internetabzocke und Ähnlichem, wobei viele Leute wirklich absolut wehrlos sind und gar nicht damit umgehen können –, deswegen brauchen wir einen verstärkten Verbraucherschutz.

Wer heute mal seinen Stromanbieter zu wechseln versucht, der wird begeistert sein, wie einfach das geht. Wenn aber jemand versucht, aus Handyverträgen rauszukommen, Anbieter zu wechseln, die Nummer mitzunehmen, gekoppelte Verträge wegzukriegen – und wenn das noch jemand machen muss, der nicht besonders fit ist –, ist das eine unendlich schwierige Odyssee. Teilweise hat für mich das Verhalten derjenigen, die das anbieten, nichts mehr mit dem anständiger Kaufleute zu tun. Das ist eine organisierte Abzocke, bei der man darauf spekuliert, dass der Kunde nicht mehr durch das Ganze, was er angerichtet hat, durchblickt.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Da müssen wir – das ist durchaus ein Thema, das wir im Konsens bearbeiten können – die Verbraucherrechte stärken und die Verbraucherschutzinstitutionen unterstützen.

Ich will ein Thema ansprechen, zu dem wir im Wahlkampf und auch lange vorher versprochen haben, dass wir uns darum kümmern. Das ist auch aus dem Bereich des Ministers für Klimaschutz und Umwelt, nämlich die Frage des Tierschutzes. Ich finde es sehr positiv, dass wir beim Tierschutz stärker darauf achten werden, dass Tiere nicht unnötig gequält oder falsch gehalten werden. Wir haben Nutztiere, wir essen Tiere. Aber Tiere sollten nicht gequält und falsch gehalten werden. Dass wir das Verbandsklagerecht für anerkannte Tierschutzverbände einführen, ist ein Meilenstein dabei, denen, die sich nicht wehren können, eine organisierte Lobby an die Seite zu stellen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Wenn ich ankündige, dass wir eine Initiative einbringen, sage ich immer: Wir machen einen Vorschlag. Wir wissen, dass wir das hier mit 90 Stimmen nur durchbekommen, wenn auf der einen oder anderen Seite Bewegung ist, so etwas zu unterstützen. Aber wir wollen das, wir haben das vor. Ich meine, wir machen da ein gutes Angebot – und wir werden darum werben, dass wir Unterstützung bekommen. Lassen Sie mich noch ein weiteres, aus dem Umweltbereich kommendes regionales Thema ansprechen, das wir anpacken, nämlich die Kies-Problematik: Ich bin jetzt 26 Jahre bei den Grünen. Und ich bin damals, berufstätig als Ingenieur in Ostwestfalen, durch die Problematik „Kiesabgrabung an der Weser“ zu den Grünen gekommen, den Konflikt „Naturschutz versus Kiesabgrabung“. Wir müssen uns die großen Flussauen in unserem Land angucken – ob das die Weser ist oder jetzt auch am Rhein –: Wir sind dabei, innerhalb von zwei Generationen diese Landschaften elementar umzuwälzen, auf den Kopf zu stellen und total zu verändern in der Art, in der wir Raubbau betreiben.

(Zuruf von den GRÜNEN: Zuhören, Herr Brockes!)

Es ist nicht nur ein grünes oder sozialdemokratisches Thema. Wenn wir uns den Niederrhein angucken bzw. den Niederrhein-Appell, dann wird deutlich, dass eine Reihe von Kollegen der christdemokratischen Union – Frau Kollegin Fasse, früher Umweltausschussvorsitzende, die jetzt leider nicht mehr im Landtag ist – genau das unterstützen, auch mit regionalen Mehrheiten. Es kann nämlich nicht angehen,

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

– Herr Brockes, ich will jetzt nicht die Frage beantworten, warum die sehr geschätzte Kollegin Fasse nicht mehr da ist, aber Sie noch. Das tun wir nicht, oder?

(Heiterkeit von der SPD)

Es gibt an der Stelle einen breiten regionalen Konsens. Wir wissen auch, dass Kies unverzichtbar ist. Aber in der Art, in der er da abgebaut wird, in der dabei geaast wird und auch Rekultivierung nicht optimal gemacht wird, soll es nicht weitergehen. Deswegen haben wir uns verständigt, hier ein Gesetz einzubringen, einen Kies-Euro. Das heißt, wir wollen ein Stück weit die Abgrabungsmengen finanziell beaufschlagen, um das besser steuern zu können.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Jetzt komme ich zu einer kleinen, etwas erfreulichen Sache. Ich bin es ja als Grüner gewohnt, dass ich in der Partei eine Chefin habe. Ich weiß auch, dass Frauen nicht per se die besseren Menschen sind. Aber Frau Ministerpräsidentin hat neulich zur Steinkohlekonferenz eingeladen. Dann sollten wir Fraktionsvorsitzende uns melden, ob wir kommen könnten. Dann ruft man dort an, es meldet sich eine sympathische, junge Stimme und sagt: „Büro der Ministerpräsidentin“. Dann guckt man erst mal, und dann habe ich gesagt: „Das hört sich so schön an, ich rufe Sie jetzt öfter an, ich möchte das öfter hören.“

(Heiterkeit von Britta Altenkamp und Norbert Römer [SPD])

Regierungsarbeit muss gemacht werden. Letztendlich muss sie von Männern und Frauen gleich gut gemacht werden. Aber es ist schon ein gewisser kleiner klimatischer Unterschied, und es ist eine neue Situation, wenn es in einem bisher absolut männerdominierten Bereich jetzt zum ersten Mal eine Ministerpräsidentin und eine stellvertretende Ministerpräsidentin gibt. Ich kenne ja einige, die da vorher gesessen haben. Das ist auch ein Stück weit Ausdruck einer anderen Kultur, und darüber kann ich mich auch als Mann freuen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich will aber die Herausforderung auch auf diesem Gebiet ansprechen. Um das klar zu sagen: Ich habe in der letzten Legislatur im Wirtschaftsausschuss einen Antrag zum Anteil der Frauen in den Aufsichtsratsgremien börsennotierter Unternehmen eingebracht, weil die Missproportionen dort so extrem sind.

Wenn man sich die DAX-30-Unternehmen – die größten Unternehmen Deutschlands, ganz viele klangvolle Namen – anguckt, gibt es 192 Vorstandsmitglieder. Raten Sie, wie viele Frauen darunter sind! Das ist das binäre System: 0,1,0,1. Das ist der maximale Anteil. Das ist ein Verhältnis, was man auf Dauer nicht für vernünftig halten kann, sondern nur für unvernünftig, weil wir an der Stelle einfach eine unglaublich wertvolle Ressource verschwenden und nicht nutzen, nämlich das Wissen und das Know-how von Frauen, wenn wir sie nicht Führungsfunktionen hineinlassen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

In Nordrhein-Westfalen leben genauso viele Frauen wie Männer, Jungen wie Mädchen. Insofern ist es auch ein Ziel dieser Regierung, sowohl durch Initiativen im Bundesrat – was die Aufsichtsratsgremien angeht, weil das Bundessache ist –, aber auch in eigener Zuständigkeit, bei landeseigenen Gesellschaften, den Frauenanteil in Führungsgremien auf 40 % zu erhöhen. Das ist ein ordentliches Ziel, dafür muss man was tun. Aber ich finde es auch richtig, bei sich selber anzufangen und dafür zu sorgen, dass das auch hier passiert. Wir werden da zusammen genau nachgucken, dass wir das, was drum herum notwendig ist, tatsächlich hinkriegen, und uns auch daran messen lassen. Das ist etwas, was wir vorhaben.

Ich würde gerne noch zwei Sachverhalte aus dem Verkehrsbereich ansprechen. Stuttgart liegt nicht in Nordrhein-Westfalen. Es ist natürlich absolut Sache der Stuttgarter, der Baden-Württemberger, wie sie ihren Hauptbahnhof umbauen. Aber was da passiert, ist beispielhaft für das, was die Bahn falsch macht: 10 Milliarden € werden – realistisch geschätzt – die Neubaustrecke Wendlingen–Ulm und der Umbau des Bahnhofs kosten. Und diese 10 Milliarden € werden für andere Großinvestitionsprojekte fehlen, die wir im Verkehr, auch in Nordrhein-Westfalen, ganz dringend brauchen.

Ich nenne nur einige wenige, die wir dringend brauchten: Ein Projekt ist der Knotenpunkt am Hauptbahnhof in Köln, inklusive der Hohenzollernbrücke.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Wer mit dem Zug von Aachen über Köln weiterfährt, weiß, wie oft es vorkommt, dass die Züge nicht durchkommen und sich stauen. Der Kölner Bahnhof ist leistungsfähig, aber er braucht Deutz noch zusätzlich, er braucht die Verstärkungen. Das Gleiche gilt für die Bahnknoten in Dortmund und Hamm – entscheidende Schlüsselstellen, wenn wir mehr Pendler schneller mit den Zügen zur Arbeit bringen wollen.

Das Gleiche gilt für die Einführung des Rhein-Ruhr-Express.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Das ist die leistungsfähige Verbindung, die wir brauchen, um gerade auf der Achse Dortmund–Düsseldorf–Köln später sehr starke Zuwächse im Personennahverkehr zu haben. Das Geld dafür wird knapper werden, wenn das gesamte Geld in Großprojekte geht, die sehr schön aussehen und nachher attraktiv sind; der Berliner Hauptbahnhof ist wirklich beeindruckend. Aber man muss die Bahn daran messen, was das an Konsequenzen für die Pendler in der Masse hat.

Der zweite Punkt, den ich ansprechen will, ist der Bereich Luftverkehr. Es ist völlig klar, wir sind ein Land mit 18 Millionen Menschen, mit leistungsstarken Unternehmen, und wir brauchen auch leistungsstarke Flughäfen. Das ist überhaupt keine Frage. Wir müssen aber zur Kenntnis nehmen, dass es rund um die Flughäfen, wenn sie in dichter bebauten Gebieten liegen – das ist bei uns an vielen Stellen der Fall –, Konflikte gibt: Konflikte zwischen der wirtschaftlichen Betätigung des Flughafens und den Anwohnerinnen und Anwohnern, die vor allem nachts unter dem Lärm leiden und zum Teil nicht mehr vernünftig schlafen können. Das ist ein Riesenproblem. Ich will Herrn Dr. Papke ansprechen. Wir haben im Rahmen der Sondierung zur Koalition Gespräche miteinander geführt, und mich hat sehr positiv beeindruckt – ich meine das jetzt nur positiv –, dass die FDP bei dem Thema „Nachtruhe Flughafen Köln/Bonn“ gesagt hat: Das haben wir immer gewollt; dazu stehen wir, dass der Passagierflug in der Nacht die Leute nicht aus dem Schlaf reißt. Das ist für uns ein Thema, das wir durchhalten. – Das fand ich positiv.

Wir wissen, dass dieser Flughafen leistungsfähig ist, arbeiten muss, ein wichtiges Frachtflugdrehkreuz ist. Aber der vierte Turnover der Passagierflieger, der nachts in der Zeit zwischen Mitternacht und 5 Uhr die Flugzeuge noch einmal fliegen lässt, um Billigflüge in die Türkei zu organisieren, geht auf die Knochen der drum herum wohnenden Anwohner und kommt als zusätzliche Belastung zu dem Lärm der Frachtflugmaschinen obendrauf. Wir wollen umsetzen, dass die alte Vereinbarung von 1996 – man darf es gar nicht sagen – aus unserer ersten Koalition jetzt in dem Punkt tatsächlich umgesetzt wird.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Wir tun, was wir gesagt haben, und darüber bin ich froh.

Herr Kollege Laumann, ich will die beiden Punkte, die Sie angesprochen haben, auch benennen. Sie haben vorhin gesagt, wir sollten auch über Datteln reden. Da will ich als Erstes zurückgeben: Wenn die gesamte moderne Energietechnik, das, was dieses Land braucht, was ich eben versucht habe, ausführlich zu schildern, sich für Sie reduziert auf einen Kraftwerksstandort, ist das ein inhaltliches Armutszeugnis für Ihre Aufstellung bei diesen Zukunftsfragen des Landes.

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von Michael Aggelidis [LINKE])

Das ist das Erste. Das Zweite ist: Zurzeit sind in Nordrhein-Westfalen sieben große Kraftwerksblöcke im Bau: bei der Braunkohle in Neurath zwei Blöcke mit 800 MW; bei der Steinkohle in Hamm zwei Blöcke mit jeweils 800 MW; Lünen mit 800 oder 850 MW; Walsum. Das sind sechs Blöcke, bei denen es keine Probleme gibt und mit denen sich dieser Landtag nicht befassen muss.

Wir haben einen Block, auf dem Sie herumreiten. Die Verantwortung dafür, dass sich das Parlament überhaupt damit befassen muss, liegt ausschließlich bei Ihnen. Wenn Sie das ordentlich gemacht hätten, ...

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD – Widerspruch von Karl-Josef Laumann [CDU])

– Doch, Herr Laumann. Ich schätze Sie zumindest so ein, dass Sie ein Mensch sind, der sich mit seinen Nachbarn vertragen will. Wenn wir beide, um einen Kraftwerksstandort zu suchen, durchs Land gehen und uns Datteln ansehen würden – 250 m entfernt eine Kinderklinik, 400 m entfernt Wohnbebauung, innerhalb eines Radius von 150 bis 200 m jede Menge Geschäfte –, kämen wir beide nie auf den Gedanken, so nah an der Bebauung das größte Kohlekraftwerk Europas mit 1.050 MW zu planen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ich will auch sagen, warum nicht. Was hat RWE in Hamm gemacht? Die haben drei Anlieger drum herum herausgekauft, weil sie wissen, sie können mit so etwas nicht so nah an die Menschen herangehen. Das tut man einfach nicht. Der Abstandserlass sieht bei einer Feuerungswärmeleistung von 800 MW einen Abstand von 1.500 m vor. Datteln hat 2.400 MW Feuerungswärmeleistung und keine 400 m Abstand. Das ist nicht korrekt.

Das müssen Sie sich doch mal ansehen! Das Oberverwaltungsgericht – das ist ja kein grünes Zentralkomitee gewesen und das waren auch nicht irgendwelche anderen Finsterlinge –

(Lachen von Sören Link [SPD])

hat entschieden: In diesem Fall hat es nicht Abwägungsdefizite – einen Begriff, den wir kennen – gegeben, sondern einen Abwägungsausfall. Diesen Begriff habe ich neu gelernt. Das heißt, diejenigen, die mit aller Gewalt den Standort durchdrücken wollten, einen Neubaustandort auf der grünen Wiese, haben nicht abgewogen zwischen den legitimen Interessen der Anwohner und den absolut legitimen Interessen des Unternehmens, ein Kraftwerk bauen zu wollen. Das rächt sich. Natürlich bin ich mit Ihnen der Meinung: Es ist nicht vernünftig, dass 800 Millionen € verbaut werden und so ein Projekt nicht sinnvoll zu Ende geführt werden kann. Denn das Geld kommt irgendwo her. Aber es gibt zwei Sorten von Schäden. Sie sagen, das ist ein Schaden für das Investitionsland NRW. Ich sage Ihnen: Es kann nicht sein, dass unsaubere Planung, unsauberes Arbeiten ein Schaden für den Rechtsstaat wird, weil auf der anderen Seite die berechtigten Anliegen der Anwohner den Interessen des Unternehmens geopfert werden müssen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Wir müssen schon sauber vorgehen. Wenn man sich das Oberverwaltungsgerichtsurteil durchliest, stellt man fest, es ist sehr dezidiert und sehr deutlich. Jeder, der meint, er könne jetzt in einem Schnellschuss da irgendetwas machen, weiß – zu Recht, dafür sind Richter da –, dass geprüft wird, ob er das ordentlich gemacht hat.

Was Sie gemacht haben, muss man sich einmal überlegen. Wir als Land machen Gesetze für 18 Millionen Menschen, für viele Firmen. Sie geben zu: Um eine vermurkste Planung für ein Kraftwerk zu heilen, ändern Sie Landesgesetze. Was ist das für ein Schaden am Rechtsverständnis, den Sie angerichtet haben!

(Beifall von den GRÜNEN, von der SPD und von Michael Aggelidis [LINKE])

Deswegen war es richtig, dass wir vereinbart haben, diese Gesetzesänderung, die aus vielen anderen Gründen noch katastrophal falsch war, zurückzunehmen. Sie hatten in dem Gesetz die Möglichkeit stehen, einen neuen Forschungsreaktor in Nordrhein-Westfalen zu bauen. Sie reden immer über keine Atomkraft in NRW und bereiten auf der anderen Seite stillschweigend so etwas vor. Sie hatten in dem Gesetz die Ausweisung von Standorten für Kraftwerke vorgesehen, zum Beispiel in Bielefeld, die die Kommunen überhaupt nicht wollten. Sie hätten sie planungsmäßig drangsaliert, obwohl vor Ort niemand mehr ein Kraftwerk will. Das Gesetz enthielt so viel Murks – es war völlig richtig, dass das Kabinett den Landesentwicklungsplan IV an der Stelle zurückgenommen hat, wie es vereinbart wurde.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Wir werden in einem zweiten Schritt auch darangehen, den § 26 des Landesentwicklungsprogrammgesetzes zum Klimaschutz, zur Kraft-Wärme-Kopplung in der alten Form wieder einzuführen.

Wir sagen an der Stelle: Wir bauen keine Kraftwerke, wir reißen keine ab, aber wir sorgen dafür, dass die gesetzlichen Regelungen weder zugunsten noch zulasten des Unternehmens, aber auch nicht zulasten der Menschen, die darauf vertrauen, dass sie in einem Rechtsstaat leben, der sorgfältig ihre Interessen durchprüft, verändert werden. Dafür werden wir sorgen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Herr Laumann, dann haben Sie – das fand ich schon bemerkenswert – hier in einem Gestus die Finanzsituation angesprochen, bei dem man dasitzt und denkt: Was hat der Kollege eigentlich in den letzten Jahren und Monaten gemacht? – Jetzt weiß ich, dass Sie für Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zuständig waren.

(Karl-Josef Laumann [CDU]: Sparen!)

– Ich sage Ihnen gleich, wo Sie nicht gespart haben. Herr Laumann, es ist wirklich unglaublich. Aus optischen Gründen wollten Sie mit dem von Ihnen für dieses Jahr vorgelegten Haushalt unter der Neuverschuldung von 2005 bleiben: ein ganz einfaches und durchsichtiges strategisches Manöver!

(Zuruf)

– Doch. Sie haben Ihnen bekannte Belastungen einfach nicht in den Haushalt eingestellt. Das haben Sie nicht gemacht. Jetzt arbeitet die Regierung daran, und Zug um Zug – das hat Ihr Finanzminister doch schon gesagt – kommt heraus, was alles an Risikoeinstellungen fehlt, was Sie nicht eingestellt haben. Das haben Sie 2005 so ähnlich gemacht: Bei Regierungsübernahme haben Sie die Neuverschuldung künstlich hochgezogen. Und jetzt kommt die gegenteilige Position.

Wenn Sie die Wahl gewonnen hätten, hätten Sie es hinterher gemacht. Vorher sind Sie an der Stelle weggetaucht. Jetzt kommen Sie und spielen sich auf!

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Ihr Finanzminister hätte ganz eindeutig eine Rücklagenbildung mit mehr als 7 Milliarden € vornehmen müssen, wenn er sauber und korrekt gehandelt hätte. Er hat es aus Wahlkampfgründen nicht gemacht.

Noch eins: Es ist absolut üblich, Rücklagen durch Kreditaufnahme zu bilden, vor allen Dingen bei einer relativ günstigen Zinssituation. Sie sind doch folgendermaßen vorgegangen: 2008 haben Sie 1,15 Milliarden € für die WestLB und 350 Millionen € für das Finanzmarktstabilisierungsgesetz in die Rücklage gestellt, damals zu einem Zinssatz von 4,6 %. Heute ist der Zinssatz wesentlich günstiger. Insofern ist die Operation, die der Finanzminister vornimmt, absolut richtig.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Herr Laumann, in einem besteht zwischen uns Konsens. Sie haben die Notlage der Kommunen angesprochen. Sie haben gesagt: Die Unterbringung nach dem SGB II, die Eingliederungshilfe für Behinderte, die Grundsicherung im Alter und die Hilfe für Pflegebedürftige sind Sachen, die die Kommunen Stück für Stück auffressen. – Daran hätten Sie etwas ändern können.

Aber was haben Sie denn real gemacht? Das will ich doch nun mal wirklich auf den Punkt bringen. Ich erinnere mich noch sehr genau an das Wachstumsbeschleunigungsgesetz der Bundesregierung von Anfang des Jahres. Ich habe noch nie etwas Schlimmeres erlebt als dieses deklamatorisch verbrämte Raubprojekt an Kommunen und auch am Land.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Sie haben damit – unter anderem als Klientelhilfe für die FDP – über eine Milliarde an Steuererleichterungen für die Hoteliers gebilligt. Das hatte mit Wirtschaftswachstum überhaupt nichts zu tun. Es war ein reines Klientelgeschäft, und die Rückkoppelung in Form von Parteispenden an die FDP war an der Stelle doch fühlbar.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Selbst der Anteil Kindergeld, den Sie da mit hineingepackt haben, war undifferenziert und hat zum Teil Leuten geholfen, die ihn nicht brauchten. Aber denen, die ihn wirklich brauchten, den Ärmsten der Armen, haben Sie das mehr gezahlte Kindergeld gleich wieder bei der Sozialhilfe abgezogen. Das war noch eine soziale Schieflage.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Und es ist doch nicht so, dass das umsonst gewesen wäre. Wenn Sie sagen, Sie hätten gespart, muss ich Ihnen entgegenhalten: Sie haben diesem Paket zugestimmt; einem Paket, das für Nordrhein-Westfalen, für Land und Kommunen, jedes Jahr über 1 Milliarde € Belastung bedeutet. Das haben Sie zu verantworten!

(Beifall von den GRÜNEN)

Und dann kommen Sie hierher, stellen sich hierhin und tun so, als ob Sie die letzten fünf Jahre das Land vor Schaden bewahrt und die Kommunen geschützt hätten! Denken Sie nur an die ganze Steuersenkungsdebatte im ersten Halbjahr. Als die ersten Anzeichen auf eine Besserung der wirtschaftlichen Situation hindeuteten – eine Besserung wird zu einer Reduktion der Neuverschuldung führen –, verkündete Guido Westerwelle wieder: Diese Aufschwungdividende muss aber in Steuersenkung umgesetzt werden. – Das haben Sie die ganze Zeit gemacht.

Herr Laumann, ich will es an einem persönlichen Beispiel festmachen. Ich kenne einen sehr guten Mitarbeiter Ihrer Fraktion. Er gehört nicht zu den Armen. Er bekommt ein normales, anständiges Gehalt, das ein wissenschaftlicher Mitarbeiter bei Ihnen erhält. Er hat drei Kinder in der Ausbildung. Der sagt: Es geht bei Studiengebühren immer auf die drauf, die nicht unten in der Sozialhilfe oder einkommensschwach sind, sondern es geht genau auf die, die gerade klarkommen. Bei drei Kindern sind das für jedes Kind noch einmal 1.000 € extra. Dann sind Sie bei 3.000 € im Jahr. Dann wissen Sie auch, dass so eine Familie drei, vier Monate alles, was nicht für Lebensnotwendiges gebraucht wird, sparen muss, um das zu bezahlen.

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Deswegen müssen wir uns das ganz genau ansehen, vor allem vor dem Hintergrund, dass Sie das alles im Januar mit einer Milliarde € zulasten des Landes gemacht haben.

Auch die Brennelementesteuer – ich gehe jetzt gar nicht auf die Atomkraftdebatte ein; das macht der Kollege morgen –, die der Bund einführen will, wird zu einer Belastung für Länder und Kommunen führen: Ihnen werden weit über 500 Millionen € jedes Jahr fehlen, da dieses Geld bei den Gewerbesteuern ausfallen wird. – Auch das eine Operation von Schwarz-Gelb, für die wir die Zeche zahlen! Und Sie tun so, als ob Sie hier sparen würden. Das passt nicht!

(Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Wir werden über den Nachtragshaushalt und über den Haushalt für das nächste Jahr noch intensiv reden. Wir wissen, dass wir auch sparen müssen, dass wir unter dem Druck stehen. Aber um das auch klar zu sagen: Wir verwöhnen keine Klientel. Was wir tun, ist für Kinder, ist für Ausbildung. Es ist anders, als Sie es mitgemacht haben und gerade die FDP es gemacht hat.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Insofern wäre ich an Ihrer Stelle ein ganz bisschen vorsichtig. Den Rest der Debatte führen wir, wenn wir über den Haushalt reden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, ich wollte verdeutlichen, dass unser Land vor ganz großen Herausforderungen in den Bereichen Bildung, Wirtschaft und Energie steht. Über die Frage, wie wir die Herausforderung annehmen, können wir in den Wettbewerb eintreten.

Ich höre die Angebote, zusammen zu diskutieren. Ich sage Ihnen nur: In Sachen Schulpolitik müssen Sie intern noch viel tun, weil wir bei dieser gemeinsamen Diskussion mit der von Ihnen vertretenen Grundposition nicht weiterkämen. Gleiches

gilt für die Felder „industrieller Fortschritt“, „Klimaschutz“, „ökologische industrielle Revolution“. Letzteres Wort können Sie nicht mögen. Aber Köhler hat es gesagt, und der Prozess kommt sowieso. Die Frage ist nur: Holen wir uns die Arbeitsplätze, oder schenken wir sie anderen Ländern? – Wir werden uns bemühen, sie nach hier zu holen, um eine Zukunftsperspektive zu schaffen. – Herzlichen Dank.

(Langanhaltender Beifall von den GRÜNEN und von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Priggen